Antrag 2025/E/1 Jusos RLP

Empfehlung der Antragskommission Annahme in der Version der Antragskommission

Solidarischer Wiederaufbau Syriens – für eine friedliche und gerechte Zukunft

- 1 Der Bürgerkrieg in Syrien brach im Jahr 2011
- 2 im Zuge des Arabischen Frühlings aus -
- 3 einer Welle von Protesten gegen autoritä-
- 4 re Regime in der arabischen Welt. In Syri-
- 5 en richteten sich die Demonstrationen ge-
- 6 gen das Regime von Baschar al-Assad, das
- 7 seit Jahrzehnten durch politische Repressi-
- 8 on, fehlende Meinungsfreiheit und einen
- 9 mächtigen Sicherheitsapparat geprägt war.
- 10 Die sozialen Spannungen im Land hatten
- 11 sich zuvor bereits durch wirtschaftliche Un-
- 12 gleichheit, hohe Arbeitslosigkeit und eine
- 13 langanhaltende Dürre verschärft, die viele
- 14 Menschen in Armut gestürzt hatte. Der un-
- 15 mittelbare Auslöser des Konflikts war das
- 16 brutale Vorgehen des Regimes gegen De-
- 17 monstrierende in der Stadt Daraa, nach-
- 18 dem Kinder regierungskritische Graffiti ge-
- 19 sprüht hatten. Aus zunächst friedlichen
- 20 Protesten entwickelte sich ein bewaffneter
- 21 Aufstand, der in einen langjährigen Bürger-
- 22 krieg mündete. Dabei spielten auch kon-
- 23 fessionelle Spannungen zwischen der ala-
- 25 ressionenc spannangen zwischen der dia
- witischen Führung und der sunnitischenBevölkerungsmehrheit eine Rolle. Im wei-
- 26 teren Verlauf wurde der Konflikt zuneh-
- 27 mend durch internationale Akteure beein-
- 28 flusst: Russland und der Iran unterstütz-
- 29 ten das Assad-Regime, während westliche
- 30 Staaten, die Türkei und Golfstaaten ver-
- 31 schiedene Oppositionsgruppen förderten.
- 32 Später verschärfte die Ausbreitung extre-
- 33 mistischer Gruppen wie dem sogenannten
- 34 Islamischen Staat die Situation zusätzlich.
- 35 Der syrische Bürgerkrieg ist ein komplexer,

Z. 89 ff "Eine weitere Stärkung des entwicklungspolitischen Engagements Deutschlands in Syrien, insbesondere den Maßnahmen mit Fokus auf Armutsbekämpfung, Förderung von Bildung und dem Aufbau von Arbeitsplätzen."

Z.121 ersetzen durch: "7. Grundsätzlich keine Abschiebungen nach Syrien."

Z.198 bis 200 streichen: "Gleichzeitig senden wir ein klares Signal: Abschiebungen nach Syrien sind untragbar."

36 international verflochtener Konflikt mit ka-

- 37 tastrophalen humanitären Folgen. Millio-
- 38 nen sind geflüchtet, Hunderttausende ge-
- 39 storben, ganze Städte liegen in Trümmern.
- 40 Nach dem Fall des autoritären Assad- Re-
- 41 gimes und der Machtübernahme durch ei-
- 42 ne zivile Übergangsregierung unter Ahmad
- 43 al- Sharrah und ehemaligen syrischen Op-
- 44 positionsgruppen eröffnet sich nun die his-
- 45 torische Chance, Syrien neu und demokra-
- 46 tisch aufzubauen. Dieser Wendepunkt ver-
- 47 langt internationale Solidarität.
- 48 Die derzeitige Übergangsregierung unter
- 49 Ahmad al-Sharrah ist nicht unumstritten.
- 50 Einzelne Akteure stehen in Verbindung mit
- 51 der islamistischen Miliz Hayat Tahrir al-
- 52 Sham (HTS), die weiterhin Einfluss in Tei-
- 53 len des Landes ausübt. Die aktuell gelten-
- 54 de "Übergangsverfassung" orientiert sich
- 55 in weiten Teilen am islamischen Recht, was
- 56 insbesondere aus frauen- und menschen-
- 57 rechtlicher Perspektive kritisch zu bewer-
- 58 ten ist. Eine demokratische Entwicklung Sy-
- 59 riens kann nur dann gelingen, wenn Grund-
- 60 und Freiheitsrechte universell garantiert
- 61 werden. Aus jungsozialistischer Sicht ist
- 62 die Unterstützung Syriens in dieser Pha-
- 63 se nicht nur eine humanitäre Pflicht, son-
- 64 dern auch ein Beitrag zu einer gerechten
- 65 Weltordnung, die auf Frieden, Selbstbe-
- 66 stimmung und wirtschaftlicher Gerechtig-
- 67 keit basiert. Ein stabiles, demokratisches
- 68 Syrien bedeutet zudem mehr Sicherheit für
- 69 die gesamte Region und eine neue Perspek-
- 70 tive für Geflüchtete, die derzeit in Euro-
- 71 pa und darüber hinaus leben. Deutschland
- 72 muss bei der Aufnahme diplomatischer Be-
- 73 ziehungen und bei jeglicher Unterstützung
- 74 der Übergangsregierung besonderen Wert
- 75 auf die Förderung demokratischer Struktu-

- 76 ren und rechtsstaatlicher Prinzipien legen.
- 77 Menschenrechte, insbesondere die Rechte
- 78 von Frauen, Minderheiten und politisch An-
- 79 dersdenkenden, müssen dabei Priorität ha-
- 80 ben.
- 81 Deshalb fordern wir die SPD im Sinne der in-
- 82 ternationalen Solidarität dazu auf, sich auf
- 83 allen Ebenen für die folgenden Punkte ein-
- 84 zusetzen:
- 85 1. Finanzielle und logistische Unterstützung
- 86 des Wiederaufbaus Syriens durch Kranken-
- 87 häuser, Wasser- und Energieversorgung so-
- 88 wie soziale Wohnprojekte.
- 89 2. Ein entwicklungspolitisches Sonderpro-
- 90 gramm zur Unterstützung Syriens, das ge-
- 91 zielt Maßnahmen zur Armutsbekämpfung,
- 92 Förderung von Bildung und Aufbau von Ar-
- 93 beitsplätzen umfasst.
- 94 3. Die Aufnahme diplomatischer Beziehun-
- 95 gen zur neuen Übergangsregierung Syri-
- 96 ens, um einen politischen und wirtschaftli-
- 97 chen Austausch auf Augenhöhe zu ermög-
- 98 lichen.
- 99 4. Den Abschluss fairer und nachhaltiger
- 100 Handelsabkommen zwischen Syrien und
- 101 der Bundesrepublik Deutschland, insbe-
- 102 sondere im Bereich Textilien (z. B. Baum-
- 103 wolle), Agrarprodukte und Technologie, um
- 104 die syrische Wirtschaft langfristig zu sta-
- 105 bilisieren. Diese Abkommen müssen dabei
- 106 unter strikter Einhaltung menschenrechtli-
- 107 cher und arbeitsrechtlicher Standards ste-
- 108 hen. Eine Kooperation darf autoritäre oder
- 109 diskriminierende Strukturen nicht fördern.
- 110 5. Die Unterstützung beim Aufbau un-
- 111 abhängiger Gewerkschaften und Ar
- 112 beiter*innenvertretungen in Syrien, um
- 113 menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- 114 und faire Löhne zu sichern.
- 115 6. Eine Überprüfung und ggf. Neubewer-

116 tung der EU-Sanktionen gegenüber Syrien, 117 mit dem Ziel, rein wirtschafts- und zivilge-118 sellschaftsbezogene Entwicklung nicht län-119 ger zu behindern, ohne dabei menschen-120 rechtliche Standards zu vernachlässigen. 121 7. Ein uneingeschränktes Nein zu Abschie-122 bungen nach Syrien. Gleichzeitig sollen Pro-123 gramme geschaffen werden, die es syri-124 schen Geflüchteten ermöglichen, vor einer 125 freiwilligen Rückkehr eine Erkundungsrei-126 se nach Syrien anzutreten - etwa, um den 127 Zustand ihrer Häuser oder Familienange-128 legenheiten zu prüfen - ohne dass sich 129 dies negativ auf ihren Aufenthaltsstatus 130 oder Sozialleistungsanspruch in Deutsch-131 land auswirkt. Solche Programme müssen 132 rechtssicher, freiwillig und rückkehroffen 133 gestaltet werden. Rückkehrer*innen müs-134 sen das Recht behalten, nach Deutschland 135 zurückzukehren, wenn sich eine dauerhaf-136 te Rückkehr in ihr Herkunftsland als nicht 137 möglich oder unzumutbar herausstellt. Die 138 ablehnende Haltung gegenüber Abschie-139 bungen ist angesichts der anhaltenden Un-140 sicherheit in Syrien zwingend: Der soge-141 nannte Islamische Staat (IS) gewinnt er-142 neut an Einfluss, während regimetreue Mi-143 lizen wie auch staatliche Einheiten für 144 Menschenrechtsverletzungen verantwort-145 lich gemacht werden. In vielen Regionen 146 herrschen Willkür, Gewalt und Rechtlosig-147 keit. Eine sichere Rückkehr ist derzeit nicht 148 pauschal gewährleistet.

149 8. Eine Überprüfung der Aufnahme Syri-150 ens in europäische und internationale ent-151 wicklungspolitische Netzwerke, um die In-152 tegration des Landes in die globale Gemein-153 schaft voranzutreiben.

154 9. Deutschland soll auf diplomatischem 155 Weg sich dafür einsetzten, dass Syrien und

156 Israel (Wirtschafts-)Beziehungen aufbau-157 en, dabei soll auch beobachtet werden, in-158 wiefern sich antisemitische Einstellungen 159 in der syrischen Gesellschaft verändern.

159 in der syrischen Gesellschaft verändern.
160 10. Der Wiederaufbau in Syrien muss auch
161 in den kurdischen Gebieten stattfinden. Da162 für muss zwischen dem syrischen Staat und
163 den Kurd*innen ein vertrauensvolles und
164 friedliches Zusammenleben entstehen. Au165 ßerdem muss die Türkei ihre völkerrechts166 widrige Besatzung in den kurdischen Ge167 bieten Syriens beenden und Angriffe auf
168 Kurd*innen in Syrien sofort beenden.

169 Besonders gefährdet sind ethnische und 170 religiöse Minderheiten wie Kurd*innen, 171 Christ*innen und Drus*innen, die wei-172 terhin teils systematisch diskriminiert 173 oder verfolgt werden. Mädchen und 174 Frauen sind vielerorts massiver Gewalt, 175 struktureller Benachteiligung und einem 176 weitreichenden Mangel an Rechten und 177 Schutz ausgesetzt. Ein echter Wiederauf-178 bau Syriens muss daher immer auch ein 179 emanzipatorischer sein.

180 Die Situation in Syrien befindet sich an 181 einem Wendepunkt. Nach Jahren der Ge-182 walt bietet sich eine einmalige Gelegen-183 heit, dem Land beim Übergang zu Frieden, 184 Demokratie und wirtschaftlicher Stabilität 185 zu helfen. Als Sozialist*innen stehen wir 186 in der Tradition internationaler Solidarität. 187 Wir wissen: Kein Land baut sich allein wie-188 der auf – besonders nicht nach einem solch 189 verheerenden Konflikt.

190 Die Unterstützung Syriens bedeutet nicht, 191 die Fehler westlicher Interventionspolitik 192 zu wiederholen – sie bedeutet, Hilfe zur 193 Selbsthilfe zu leisten. Mit gezielter Entwick-194 lungszusammenarbeit, fairen Handelsbe-195 ziehungen und einem politischen Dialog

196 auf Augenhöhe kann Deutschland einen 197 nachhaltigen Beitrag zur Stabilisierung der 198 Region leisten. Gleichzeitig senden wir ein 199 klares Signal: Abschiebungen nach Syrien 200 sind untragbar.

201 Viele syrische Mitbürger*innen haben in 202 Deutschland ihre Heimat gefunden, in der 203 sie arbeiten, lernen, Familien gründen und 204 zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei-205 tragen. Es wäre zutiefst unsolidarisch, diese 206 Menschen nun zu zwingen, alles aufzuge-207 ben. Die Rechte, die sie hier erlangt haben, 208 müssen respektiert und geschützt werden. 209 Gleichzeitig sollen jene, die freiwillig zu-210 rückkehren möchten, um beim Wiederauf-211 bau zu helfen, gezielte Unterstützung er-212 halten – mit finanzieller und organisato-213 rischer Begleitung sowie gesicherter Rück-214 kehroption nach Deutschland, falls die Be-215 dingungen es erfordern.

216 Ein wirtschaftlich starkes Syrien, das den 217 Weg aus dem Status eines Entwicklungs-218 landes schafft, nützt langfristig auch Euro-219 pa. Frieden und Wohlstand sind kein Null-220 summenspiel - sie entstehen durch Zusam-221 menarbeit auf Augenhöhe, Solidarität und 222 gemeinsame Verantwortung.

223 Wir fordern die SPD auf, sich dieser Verant-224 wortung zu stellen und den Wiederaufbau 225 Syriens aktiv mitzugestalten – im Geiste in-226 ternationaler Solidarität und Gerechtigkeit, 227 im Namen der Menschlichkeit.